

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Hoffnung in Scherben, Photo Oleksandr Glyadyelov

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

UKRAINE/KRIEGSFOLGEN

Notwendige psychologische Hilfe

Wie schon länger geplant, organisierte das EBF Anfang Mai in Zusammenarbeit mit dem «Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ) einen ersten Workshop zum Thema psychische Gesundheit und posttraumatische Belastungsstörungen in der Ukraine.

Zusätzlich zu der Nothilfe und der Bereitstellung von Unterkünften für Vertriebene erscheint es uns auch sehr wichtig, die Probleme anzugehen, die mit den traumatischen Erfahrungen im Krieg verbunden sind. Millionen von Menschen – von einem Tag auf den anderen auf die Strasse geworfen – mussten alles zurücklassen. Viele haben Angehörige verloren, ganze Dörfer und Städte wurden völlig zerstört und die ständigen Bombardierungen ukrainischer Städte und ziviler Wohngebiete durch die russische Armee sorgen unter der Bevölkerung für ein Gefühl grosser Ungewissheit.

In den letzten zwei Wochen hat die russische Armee ihre Bombenangriffe auf ukrainische Städte stark intensiviert. Höchstwahrscheinlich will die russische Armee die Organisation des für dieses Frühjahr angekündigten ukrainischen Gegenangriffs stören. Während unseres Aufenthalts ertön-

ten Luftschuttsirenen, und jede-r verfolgte die Warnungen in Echtzeit auf einer Regierungs-App.

Angesichts der durch den Krieg hervorgerufenen anderen Dringlichkeiten wird die Problematik von psychischen Störungen und Traumata oft in den Hintergrund gedrängt, obwohl es wichtig ist, sich gerade jetzt damit zu befassen. Unsere ukrainischen Freundinnen und Freunde hatten uns darüber ins Bild gesetzt, dass das ukrainische psychiatrische System immer noch weitgehend defizitär ist und von einem autoritären und zwangsorientierten Ansatz dominiert wird, wie es zu Sowjetzeiten der Fall war.

Wir luden daher zwei Expertinnen für ein Seminar ein: eine Schweizer Psychologin und eine französische Psychiaterin, mit der wir befreundet sind. Beide verfügen über eine langjährige Berufserfahrung mit entwurzelten Menschen in Europa, aber auch direkt in

Kriegsgebieten, wie z.B. in Tschetschenien. Die beiden Referentinnen ergänzten sich sehr gut und konnten viele konkrete Beispiele aus ihrer Arbeitsweise mit Menschen in schweren Notsituationen berichten.

Hilfestellungen

Der dreitägige Workshop fand in Transkarpatien im Westen der Ukraine im Dorf Nischnije Selischtsche statt, wo sich die Kooperative von Longo maï befindet, die im vergangenen Herbst die Renovierung eines alten Rathausgebäudes organisiert hatte, um dort eine Notunterkunft für 35 Menschen einzurichten, die aus den Kriegsgebieten im Osten der Ukraine geflohen waren. Das Seminar richtete sich daher zum einen an lokale Freiwillige und Sozialarbeiter:innen, die diese Vertriebenen täglich begleiten, aber keine beruflichen Erfahrungen mit psychischen Störungen haben. Die zweite Gruppe von Teilnehmer:inne-n waren Psycholog:inn-en, die an verschiedenen Orten in Transkarpatien arbeiteten, und schliesslich gab es auch eine Gruppe von Psycholog:inn-en aus Zaporijia, einer Stadt in der Zentralukraine, die dreissig Kilometer von der Front entfernt liegt. Zaporijia wird regelmässig von der russischen Armee bombardiert, die Schulen hier sind seit fünfzehn Monaten nicht mehr geöffnet. Für die Teilnehmer:innen, die von dort gekommen sind, war es ein erster «Ausflug» in einen sichereren und ruhigeren Ort. Es war wichtig, ihnen Raum und Zeit zu bieten, in der sie sich entspannen und gegenseitig Gedanken austauschen konnten. Transkar-

patien wurde seit Beginn des Krieges nicht bombardiert und eignet sich daher gut für die Umsetzung von Projekten.

Bei dem Treffen wurde auch das Thema Burnout angesprochen, in das Pflege- und Betreuungspersonen fallen können. Es gibt Methoden und Praktiken, die uns helfen, Abstand zu halten, auch wenn wir jeden Tag mit schrecklichen Geschichten konfrontiert werden. Man muss lernen, sich zurückzuziehen, sich auszuruhen, Zeit für Familie sowie Freundinnen und Freunde zu haben und auch körperliche Aktivitäten, wenn möglich im Freien, auszuüben. Supervision als Beratungs- und Hilfspraxis durch externe Therapeut-inn-en kann ebenfalls sehr hilfreich sein. Eine Sozialarbeiterin, die in einer Notunterkunft in Uschorod arbeitet, berichtete beispielsweise von einer Mutter, die es nicht ertragen konnte, dass ihre Kinder mit anderen Kindern spielten, soziale Kontakte knüpften und sich amüsierten. Angesichts ihres eigenen Traumas konnte sie nicht mit ansehen, wie ihre Kinder ein «normales» Kinderleben führten, so dass sie die Kinder in ihrem Zimmer einsperrte, wenn sie einkaufen ging. Im Austausch mit den anderen Teilnehmer-inne-n des Seminars wurden Möglichkeiten für ein feinfühliges Eingreifen erörtert und gleichzeitig betont, dass man Kinder auf keinen Fall in einer solchen Situation belassen darf. Eine der Seminarleiterinnen erzählte, wie sie es damals in einem tschetschenischen Flüchtlingslager gemacht haben: Sie stellten ein spezielles Zelt auf, in dem die Kinder spielen, malen, singen und sich amüsieren konnten. So konnten sich die Kinder für einige Zeit dem Stress der Umge-

bung entziehen und, sobald die Mütter Vertrauen gefasst hatten, konnten auch diese sich ausruhen oder ein wenig Kraft tanken.

Wissensvermittlung

Das Seminar beinhaltete einige theoretische Momente, z.B. über die medizinische Definition von Trauma und posttraumatischer Belastungsstörung (PTSD) und wie man sie von Stressreaktionen und Hilflosigkeit unterscheidet, die in einer ausserordentlichen Situation wie in einer Kriegszeit normal sind. Unsere Freundin, die Psychiaterin aus Frankreich, gab auch Erklärungen ab, wie man Nichtfachleuten beibringen kann, den Grad einer Depression zu erkennen, um zu wissen, ob sie eine-n Arzt/Ärztin oder Psychiater-in aufsuchen sollten. Ein anderer Teil des Workshops war darauf ausgerichtet, Personen, die an der Basis und im täglichen Kontakt mit Geflüchteten arbeiten, «Werkzeuge» in die Hand zu geben, um schwereren Störungen vorzubeugen: Gesprächsgruppen, Zeichenworkshops mit Kindern, Selbsthilfegruppen, soziale Aktivitäten wie Singen, Kochen, Gartenarbeit ... Es geht auch darum, den Begleitpersonen mehr Autonomie zu geben.

Es wurden auch andere Ideen diskutiert, z. B. der Plan, Allgemeinmediziner-inne-n in der Region speziellere Schulungen für psychiatrische Notfallhilfe anzubieten, da es einerseits einen Mangel an Psychiater-inne-n gibt, andererseits aber auch eine gewisse Angst oder Befürchtung, solche aufzusuchen. Die erste Kontaktperson ist oft der Hausarzt/ die Hausärztin. Das EBF und CAMZ haben vor einigen Monaten den Beginn einer Feldstudie in verschiedenen Orten Transkarpatiens bei

Ärzt-inn-en, Apotheker-inne-n, Lehrer-inne-n und freiwilligen Betreuer-inne-n organisiert, um den Bedarf an psychologischer und psychiatrischer Hilfe genauer zu bestimmen.

Ein weiteres grosses Problem, das langfristig nicht allein mit einheimischen Freiwilligen gelöst werden kann, sondern eine umfassendere Politik erfordert, sind ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten. Die meisten Zufluchtsstätten für Binnenvertriebene waren auf vorübergehender Basis geplant; im Osten der Ukraine, näher an der Front, war die Aufnahme oft nur für einige Tage vorgesehen. In Nischnije Selischtsche war die Aufnahme in der Notunterkunft auf maximal sechs Monate ausgelegt. Dank der Begleitung durch einheimische Freiwillige gelang es mehreren ihrer Bewohner-inne-n, eine Anstellung in der näheren Umgebung und später auch eine eigenständige Unterkunft zu finden. Dies ermöglicht es solchen Familien, sich selbst zu versorgen und am lokalen Leben teilzunehmen, aber auch Plätze in der Notunterkunft für Schutzsuchende freizumachen, die auf der Warteliste stehen. Anders verhält es sich jedoch mit älteren, und alten Personen, die oftmals ihr gesamtes Hab und Gut und auch Angehörige verloren haben. Diesen Menschen wurde es natürlich ermöglicht, in der Notunterkunft zu bleiben, aber das wirft Fragen über die notwendige längerfristige Begleitung und Unterstützung auf. Jedenfalls waren alle Teilnehmer-innen mit diesen ersten Workshops sehr zufrieden und dankbar und wir planen, weitere Seminare zu organisieren.

Paul Braun

TÜRKEI

Eine Woche Istanbul

Kurz vor den Wahlen in der Türkei reiste ich nach Istanbul und verbrachte hier eine ausserordentlich intensive Woche mit vielen Begegnungen und Erfahrungen. Gerne möchte ich einige meiner vielfältigen Eindrücke über diese Stadt, die Menschen und die sozialen Bewegungen hier wiedergeben.

Anfang Mai in diesem Jahr reiste ich zum ersten Mal nach Istanbul, gemeinsam mit einer Freundin vom Europäischen BürgerInnen Forum (EBF) in Österreich. Ich wollte vor allem einige Frauen, die hier sehr engagiert sind, besuchen; türkische widerständige Frauen, mit denen wir vom EBF aus seit einigen Jahren in Verbindung sind. Gleichzeitig wollte ich mir diese Weltstadt anschauen, versuchen, etwas von ihr zu verstehen und mich auch auf den Spuren meiner Freundin Pınar Selek bewegen, die diese Stadt so liebt, in die

sie seit über 20 Jahren nicht zurückkehren kann, weil sie hier in grosser Gefahr ist.

Abgesehen vom gigantischen Erlebnis, sich hier an einem Ort von unglaublicher Schönheit zu befinden, der tausende Jahre Geschichte und Kultur in sich trägt sowie tausende Jahre Handelstreiben und Machtverschiebungen, ist nicht zu übersehen, wie sehr sich diese Metropole, in der sich das Schwarze Meer und der Bosphorus im Marmarameer vereinen, in den letzten Jahren verändert haben muss, um die 17 Millionen Menschen zu beherbergen, den

permanent drei Millionen Tourist-innen den roten Teppich auszulegen, die meisten grossen Geschäftsketten hier anzusiedeln und Erdogans Machtstreben in Sachen Riesenausbauvorhaben gerecht zu werden.

Monsterprojekte

Der neue Flughafen «Istanbul» ist das Paradebeispiel eines der zahlreichen Mega-Projekte in der Türkei, das bestimmte Baufirmen begünstigt (insbesondere die der Familie Erdogan), die Umwelt schwer schädigt und Menschenleben kostet. Der Staatschef hatte sich vor zehn Jahren in den Kopf gesetzt, einen dritten (!) Flughafen bauen zu lassen – eine Art Riesendenkmal für ihn und seine totalitäre Staatsführung. Laut Expert-innen hätten die bereits vorhandenen zwei grossen internationalen Flughäfen erweitert werden können. Das gigantische hochmoderne Gebäude, das einem riesigen Palast ähnelt, und die Flugpisten wurden zwischen 2016 und 2018 in rasender Geschwindigkeit auf einem ausgebeuteten Braunkohle-Tagebaugebiet errichtet. Der Wald, der hier vernichtet wurde, war zuvor ein wichtiges Naherholungsgebiet der Istanbul-erinnen und ein Teil der «Lunge Istanbul». Die Urbanisierung hier ist unvorstellbar: Vor wenigen Jahrzehn-

ten machte der Wald insgesamt noch etwa zwei Drittel der Fläche Istanbuls aus, heute vielleicht noch ein Viertel. Gegen die Abholzung des Waldes für den Flughafenbau gab es die grosse Widerstandsbewegung «Rettet die Nordwälder», die sich aus den Protesten im Gezi-Park 2013 (siehe Kasten) gebildet hatte. Doch auch sie konnte den Flughafenbau nicht verhindern. Zweieinhalb Millionen Bäume wurden auf dem Gelände gefällt und 70 Seen trockengelegt! Laut der Istanbuler Architektenkammer ist das Gebiet voller riesiger Löcher, die sich mit Grund- und Regenwasser gefüllt haben. Für den Flughafenbau wurden die Löcher zugeschüttet und eine zweieinhalb Meter dicke Betonschicht darüber gegossen. Doch der Beton sackte immer wieder ein. Der Aufwand, um das Problem zu beheben, war immens und offenbar nicht immer erfolgreich. Ein paar Monate vor der grossen Eröffnung klaffte plötzlich ein Loch von etwa zehn Metern Durchmesser und schätzungsweise fünf Metern Tiefe auf einer der Rollbahnen. Fotos davon kursierten im Internet, bevor der Krater hastig wieder aufgefüllt und verschlossen wurde.

Wie viele andere Megaprojekte Erdogans sollte der Flughafen in kürzester Zeit gebaut werden. Die tragischen Folgen: um die 400 Arbeitsunfälle mit tödlichen Folgen. Wären nötige Schutzmassnahmen getroffen worden, könnten diese Bauarbeiter heute noch leben – doch das hätte der türkischen Regierung zu viel Zeit und Geld gekostet; die Prioritäten von Fortschritt und Prosperität sind nicht unbedingt Menschenleben.

Nicht nur die Menschen, auch die Tiere werden missachtet: Der Luftraum über dem Flughafen gehört eigentlich zweimal im Jahr den Zugvögeln. Die Naturschützerinnen von der «Nordwald-Initiative» weisen nachdrücklich auf diese Tatsache hin: «Die Nordwälder sind eine der weltweit wichtigsten Routen von Zugvögeln, das gilt insbesondere für Störche. Der Bosphorus gehört auch dazu. Das Gebiet,



in dem der neue Flughafen gebaut wurde, ist ein Feuchtgebiet, in dem zweimal im Jahr hunderttausende Störche rasteten. Seit ewigen Zeiten hatten sie sich diese Route eingeprägt – und nicht nur die Störche, sondern auch Raubvögel, ungefähr 250.000 pro Jahr, darunter auch selten gewordene Arten.» Und es versteht sich von selbst, dass zusätzlich zu all diesen Zerstörungsfaktoren eine Zubringerautobahn zum Flughafen gebaut werden «musste»...

Gärten, Kollektive, Repression

Ganz im Gegensatz zu dem Zubetonieren der Grünflächen und dem Bau von unzähligen Hochhäusern, die in den letzten Jahren mehr und mehr Platz einnehmen und die Natur immer weiter an den Rand drängen, stehen die Stadt-Gemüsegärten, die eine lange Tradition in Istanbul haben. Auch sie sind in Gefahr, der Modernisierung und Urbanisierung zum Opfer zu fallen. Manche dieser Gärten, die sich inmitten der Wohngebiete in verschiedenen Bezirken Istanbuls befinden, werden kollektiv bewirtschaftet, andere von Familien. Das Gemüse wird in der Nachbarschaft verkauft. Kiraz Özdog, Anthropologin und seit Jahren sehr engagiert für den Erhalt dieser Gärten, hat uns mehrere von ihnen gezeigt: «Selbst wenn es illegal ist, werden Bauarbeiten im Bereich der Gärten angefangen, um diese so nach und nach zu zerstören. Die Gärten in Yedikule zum Beispiel gibt es seit Tausenden von Jahren und jetzt wird hier gebaggert.» Sie macht, möglichst ohne dabei gesehen zu werden, eine Videoaufnahme vom Bagger und schickt sie weiter an die anderen Aktivistinnen.

Kiraz hat uns auch auf dem Bauern- und Bäuerinnenmarkt in Kadıköy mit Vertreterinnen der YerDeniz-Kooperative zusammenge-

bracht. Diese wurde 2019 von Menschen mit unterschiedlichen Organisationserfahrungen nach dem Gezi-Widerstand gegründet. Gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur und eine mögliche Verarmung kooperieren die Genossenschaftlerinnen auf der Basis von Solidarität, indem sie das tägliche Leben und die Produktion gemeinsam organisieren und Beschäftigung anbieten. Ihr Ziel ist es, Aktivitäten in Bereichen wie Lebensmittelherstellung, Technik, Recycling, Reparatur-Renovierung, Kultur-Kunst, Kinderbetreuung und Altenpflege zu schaffen. Die Ernährung ist also nur einer der Bereiche. Sie verkaufen ihre Produkte gemeinsam auf dem Produzentinnenmarkt in Kadıköy, einem alten Stadtviertel am «Goldenen Horn» in der Nähe von Taksim, wo sie auch gemeinsam einen Verkaufsladen und ein soziales Zentrum betreiben. Ausserdem sind sie mit mehreren anderen Kollektiven in der Türkei in Verbindung, die auf sozialer und landwirtschaftlicher Ebene aktiv sind. Ein Beispiel ist die landwirtschaftliche Entwicklungsgenossenschaft «Vakıflı Village Limited». Diese wurde im Jahr 2004 gegründet, um die Solidarität in Vakıflı zu stärken – dem letzten armenischen Dorf in der Provinz von Katay im Süden der Türkei. Im Jahr 2005 schlossen sich fünf Frauen zusammen und begannen mit der Arbeit an der Gründung der «Vakıflı Village Women's Branch». Die Frauen brachten die Produkte, die sie zu Hause herstellten, wie Likör, Marmelade und Fruchtsirup auf den Markt, der zur Unterstützung des Dorfes regelmässig auf dem Kirchhof veranstaltet wird. Mit dem Geld, das sie so verdienen, liessen sie Fenster in ihre Häuser einbauen. So nach und nach wurden immer mehr Frauen Genossenschaftlerinnen in der «Vakıflı Village Limited». In der Region von

Die Gezi-Proteste

Ende Mai 2013 nahmen die Gezi-Proteste am Taksim-Platz ihren Ausgang. Sie richteten sich ursprünglich gegen ein geplantes Bauprojekt auf dem Areal des Gezi-Parks am Taksim, im Zentrum der Altstadt. Die Demonstrationen entwickelten sich zu landesweiten Protesten gegen Präsident Recep Tayyip Erdoğan und die regierende islamisch-konservative AKP. Die Regierung liess die Proteste brutal niederschlagen. Zahlreiche Menschen sitzen wegen der Teilnahme an den Protesten nach wie vor in türkischen Gefängnissen. Auch letztes Jahr war die Reaktion der Regierung auf die Demonstrationen zum Jahrestag der Proteste äusserst brutal. Zahlreiche Menschen wurden festgenommen. Allein in Istanbul kamen 169 Menschen in Polizeigewahrsam; mehrere von ihnen wurden geschlagen. Was dieses Jahr am 1. Juni passieren wird, können wir zu Redaktionsschluss noch nicht sagen. Jedenfalls machen wir uns auf Einiges gefasst.

Katay wurde Vieles vom Erbeben zerstört. YerDeniz hat daraufhin einen Aufruf zur kollektiven Solidarität mit den elf Kooperativen im betroffenen Gebiet verbreitet.

Ökologisches Desaster

Nach unserem Besuch auf dem Produzent-innenmarkt und dem Gespräch mit den Mitgliedern der YerDeniz-Kooperative begleiteten wir eine der Frauen zu einer Veranstaltung der linken, grünen, kurdischen Partei «Yesil Sol Parti», die den Präsidentschaftskandidaten Kemal Kılıçdaroğlu unterstützt. Die Frauen tanzten und sangen zu kurdischer Musik, lachten und luden uns zum Tanz ein. Wir konnten nicht lange bleiben, da wir ein Treffen mit einem Journalisten hatten. Am Abend erfuhr ich, dass eine Stunde nachdem wir gegangen waren, die Veranstaltung durch Tränengas von der Polizei aufgelöst worden war. Und ein paar Stunden später, in der Nacht, wurde ein sehr beliebter junger kurdischer Sänger von Grauen Wölfen¹ ermordet, angeblich weil er «nicht für die Nationalisten singen wollte». Am Tag davor war der Istanbuler Bürgermeister (ein Opponent Erdogans) während einer Wahlveranstaltung tödlich angegriffen worden – die Polizei schritt nicht zu seiner Verteidigung ein.

Onur, ein Freund von Kiraz, ist im Widerstand gegen den Bau von riesigen Wasserrückhaltebecken engagiert, welche die Umwelt zerstören, ganze Dörfer vernichten und die Menschen, die dort seit Generationen leben, vertreiben und krank machen. Er informiert gemeinsam mit seinem Team in Videos über diese vernichtenden Megaprojekte. Eines davon ist eine riesige Geothermie-Anlage, durch die giftige, krebserregende Metalle in Umlauf gebracht werden.²

Wir haben auch die islamistische Siedlung im Nordwesten Istanbuls besichtigt, die Erdogan vor ein paar Jahren bauen liess: ein modernes Getto mit islamistischen Schulen, Frauen-Internaten, die wie Gefängnisse aussehen, ein Geschäft für Heiratszubehör neben dem anderen. Erdogans Bestreben ist es, saubere, islamistische Siedlungen in den Ausenbezirken zu errichten, mit künstlichen, schmalen Grünflächen («le paysage» wie sie ironisch genannt werden), breiten Gehsteigen

und allen notwendigen Geschäften. Am besten kommen die Menschen, die hier leben, gar nicht mehr in die Altstadt, die ja für den Tourismus freigehalten werden muss. Und nachdem die Fahrt in solche Siedlungen mit der U-Bahn fast eine Stunde dauert (ja, Istanbul ist riesig!), ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Bewohner-innen in ihren Ghettos bleiben und brav weiterhin «ihren» Präsidenten wählen, ziemlich gross.

Heute (ich bin wieder zurück) ist der 15. Mai – ein Tag nach den Wahlen. Der Wahlausgang ist für sehr viele eine herbe Enttäuschung. Millionen haben sich mobilisiert, um einen Wandel zu erwirken. Doch die absolute Macht Erdogans, der noch einmal mit Repression, Angstmache und Versprechen von Sicherheit und Stabilität die Hälfte der türkischen Bevölkerung für sich gewinnen konnte, wurde durch diese Wahl nach 20 Jahren Herrschaft wieder bestätigt. Dass dieser Politiker über Leichen geht, um seine Macht zu erhalten, ist Vielen, insbesondere der Landbevölkerung und der Diaspora wohl nicht bewusst.

Journalismus, Meinungsunfreiheit

Wir haben auch Erol Onderoglu getroffen. Er gehört zu den «Reportern ohne Grenzen» und ist einer der Mitbegründer der linken Journalist-innen-Plattform «Bianet». Obwohl er in dieser sehr angespannten Vorwahlwoche kaum Zeit hatte, hat er sich eine Stunde freigeschaufelt, um auf unsere diversen Fragen einzugehen. Es ist klar, dass der Druck auf die Journalist-innen sehr gross ist. Jetzt in der Vorwahlzeit ist er extrem. Einige Journalist-innen wurden festgenommen. «Zwei kurdische Journalisten wurden vorgestern eingesperrt», erzählt uns Erol. «Fast alle öffentlichen Medien sind in Erdogans Hand, was aber nicht heisst, dass die gesamte Bevölkerung der Türkei sich von diesen Medien berieseln lässt. Die Menschen hier haben andere Wege gefunden, zu informieren und sich zu informieren. Doch die Bevölkerung ist tief gespalten, gerade durch diese permanente Manipulation und Ausschaltung der Meinungsfreiheit.»

Asli Odman, eine langjährige Freundin, ist Mitglied der Koordination «Akademiker-innen für den Frieden», die im Jänner 2016 aufgrund der verschärften Repression

der türkischen Regierung in den kurdischen Gebieten entstanden ist. Nachdem diese Initiative eine Petition mit dem Titel «Wir werden nicht Teil des Verbrechens» in Umlauf gebracht hatte, wurden die Unterzeichner-innen systematisch angegriffen. 498 verloren innerhalb kürzester Zeit ihre Arbeitsplätze. Viele von ihnen durften bis heute nicht an die Universitäten zurückkehren. Asli meint, sie habe Glück gehabt, dass gegen sie kein Prozess angestrengt wurde und sie wieder an der Uni unterrichten darf. Neben Beruf und Familie fährt sie regelmässig zum Justizpalast, um die Prozesse gegen die Gefangenen zu verfolgen, die seit der Gezi-Revolution ein-sitzen. Ausserdem reist sie seit dem schrecklichen Erdbeben von Anfang Februar oft nach Hatay und Adana. Sie wollte sofort, so wie viele andere, Hilfe leisten. Zuerst engagierte sie sich als Dolmetscherin und später in den Feldspitälern. «Hier konnte ich wenigstens konkret etwas für die Verletzten tun. Die Erzählungen der geschockten, verwundeten, traumatisierten Menschen von einer Sprache in eine andere zu übersetzen, und nichts dagegen tun zu können, war schlimmer für mich, als die Verwundeten zu behandeln.» Und heute versucht sie, gemeinsam mit anderen zu verhindern, dass der ganze Bauschutt der zerstörten Häuser, gespickt mit Asbest und anderen giftigen Materialien, einfach in die Flüsse und ins Meer gekippt wird. Die nächste ökologische Katastrophe steht bevor.

Die Kraft der Frauen

In meinem Bericht bin ich leider gar nicht auf die hier sehr bedeutende Frauenbewegung und die starke Lgbt+Community eingegangen. In einem Land, in dem Feminizide und häusliche Gewalt gegen Frauen an der Tagesordnung sind (durchschnittlich ein Frauenmord/Tag!) und die Justiz gegen die Täter oftmals Milde walten lässt, ist die Selbstbehauptung und der Widerstand der Frauen lebensnotwendig. Erdogan hat veranlasst, dass die Türkei ihre Unterzeichnung der Istanbul-Konvention, die durch das Minister-innenkomitee des Europarates am 7. April 2011 verabschiedet worden war, wieder zurückzieht. Dieses erste internationale Übereinkommen zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist offensichtlich nicht vereinbar mit den islamisch-konservativen, patriarchalen Prinzipien des Herrschers.

Wir werden jedenfalls, so sehr es uns möglich ist, die mutigen und engagierten Menschen weiter unterstützen, die seit Jahren Widerstand gegen die Missstände in ihrem Land leisten und für Meinungs- und Aktionsfreiheit kämpfen. Unser nächster Termin in Istanbul ist der 29. September, der entscheidende Prozesstag⁴ für Pınar Selekt.

Constanze Warta

1. «Graue Wölfe» (türkisch Bozkurtlar oder Bozkurtçular) ist die Bezeichnung für türkische Rechtsextremisten, die auch in den nationalistischen Parteien stark vertreten sind. Sie haben zahlreiche Gewalttaten und Morde in der Türkei und im Ausland begangen und tun das auch heute noch.

2. Unter followtheriver.org sind viele Informationen und Fotos zu finden.

3. Siehe Artikel von AsliOdman: «Die Prozesse gehen weiter», Arch. Nr. 275, Nov. 2018, sowie den von Alexander Behr: «Solidarität mit den entlassenen Akademiker-inne-n», Arch. Nr. 258, April 2017.

4. Siehe Text von Nick Bell in diesem Archipel

Der Putschversuch

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 kam es in der Türkei zu einem gescheiterten Putschversuch durch Teile des türkischen Militärs, für den die türkische Staatsführung den in den USA lebenden Prediger Fethullah Gülen und seine Anhänger verantwortlich machte. Dieser stritt jedoch jegliche Verantwortung ab. Den Aussagen Gülens zufolge hätte der türkische Staatspräsident Erdogan den Aufstand selbst inszeniert, um im Nachhinein die Opposition und die Gülen-Bewegung zu bekämpfen. Jedenfalls hat Erdogan bereits am nächsten Tag jubiliert und den verhinderten Putschversuch als ein «Geschenk Allahs» bezeichnet. Nach dem Putsch wurden 170 Medien

geschlossen und mehr als hundert Journalist-innen verhaftet. Die Ausstrahlung prokurdischer Sendungen wurde unterbunden. Die Regierung unter Präsident Erdogan schränkte die demokratischen Rechte ein und ergriff weitreichende Repressionsmassnahmen. Zehntausende Beamte, Richter-innen, Lehrer-innen etc. wurden im Zusammenhang mit dem Putschversuch entlassen und es kam zu umfangreichen Verhaftungswellen. Zwölf Abgeordnete der prokurdischen «Demokratischen Partei der Völker» (HDP), darunter die beiden Parteivorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksedağ, wurden verhaftet.



TÜRKEI

Für Pinar nach Istanbul

Wir waren 80 Personen aus Deutschland, der Schweiz, Belgien und vor allem Frankreich, die Ende März nach Istanbul reisten, um unsere Freundin Pinar Selek, Soziologin, Schriftstellerin, Feministin und Antimilitaristin, am Prozesstag zu unterstützen. Seit 25 Jahren ist sie Opfer einer unglaublichen juristischen Verfolgung durch die türkischen Behörden.

Zur Erinnerung: 1998 wird die damals 28-jährige Pinar Selek verhaftet, weil sie sich weigerte, den türkischen Behörden die Namen der Kurdinnen und Kurden zu nennen, mit denen sie im Rahmen einer soziologischen Untersuchung Interviews geführt hatte. Im Gefängnis, wo sie lange gefoltert wird, findet sie heraus, dass sie beschuldigt wird, einen Anschlag auf einem Marktplatz in Istanbul verübt zu haben. Alle Untersuchungen im Laufe der Jahre zeigen, dass es sich um einen Unfall gehandelt hat. Viermal wird sie freigesprochen, zuletzt im Jahr 2014.

Im Juni 2022 hebt der Oberste Gerichtshof der Türkei diesen vierten Freispruch auf. Für den 31. März 2023 wird eine neue Anhörung vor dem Schwurgericht angesetzt und ein internationaler Haftbefehl gegen sie erlassen.

Am Freitag, dem 31. März, versammelten wir uns also auf dem Platz vor dem Çağlayan-Gerichtsgebäude, einem monströsen, runden und hohen Gebäude, das die Macht des Staates zum Ausdruck bringen soll. Es ist das grösste Gericht in Europa – mit 330 Gerichtssälen. Bevor wir das Gebäude betreten, wurde unser Versuch, eine Pressekonferenz abzuhalten, vom Gouverneur untersagt und von Dutzenden Gendarmen mit Schilden, Stöcken und Waffen verhindert.

Pinars Schwester Seyda Selek erinnerte daran, dass «der demokratische Kampf in der Türkei oft über die Gerichte geführt wird». Als sie vor 25 Jahren Pinar im Gefängnis besuchte, beschloss sie daraufhin, Anwältin zu werden, um ihre Schwester verteidigen zu können.

Das Gericht hier ist mittlerweile ein regelmässiger Treffpunkt u.a. für tausende Professor-inn-en und Wissenschaftler-innen, die zu den «Akademiker-inne-n für den Frieden» gehören. Sie hatten eine Petition gegen die militärische Eskalation unterzeichnet, welche die Regierung von Recep Tayyip Erdoğan nach den Wahlen vom Juni 2015 gegen die Kurd-inn-en eingeleitet hatte.

Seyda ist eine von rund 20 Anwält-inn-en – vor allem türkischen, aber auch französischen – die zum Gericht kamen, um Pinar zu verteidigen. Schliesslich verurteilte das Gericht Pinar dieses Mal doch nicht, was ein kleiner Sieg ist. Dieses Nicht-Urteil verlängert jedoch ihren juristischen Alptraum und der internationale Haftbefehl bleibt bestehen.

In Frankreich wurden in den letzten Wochen die Drohungen gegen Pinar immer deutlicher, insbesondere von den rechtsextremen türkischen Grauen Wölfen, die auch im Ausland sehr aktiv sind. Die Behörden bestätigten Pinar, die die französische Staatsbürgerschaft besitzt, dass sie auf keinen Fall in die Türkei ausgeliefert wird. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass Frankreich und internationale Institutionen wie der Europarat und die Europäische Union öffentlich ihre Unterstützung für sie zum Ausdruck bringen und erklären, dass sie den internationalen Haftbefehl gegen sie formell ablehnen.

Der starke Aufschwung der rechtsextremen Parteien bei den türkischen Wahlen am 14. Mai verheisst nichts Gutes für die

Zukunft. Der Sieg von Erdoğan am 28. Mai ist in jeder Hinsicht eine Katastrophe, nicht nur für Pınar, sondern auch für sehr viele politische Gefangene. Wir erinnern daran, dass die Türkei sich weigert, Selahettin Demirtas, den Führer der linken pro-kurdischen Partei HDP, und den Geschäftsmann und Philanthropen Osman Kavala¹ freizulassen, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg dies der Türkei zur Auflage gemacht hat. Nun wurde ein neuer Termin für den 29. September im Gericht von Çaglayan vereinbart. Dieses Mal sollen Hunderte von Menschen ihre Unterstützung für Pınar zum Ausdruck bringen. Wir werden auf jeden Fall wieder dabei sein.

Nick Bell

Um mehr über die internationale Delegation zu erfahren, die im September zum Gericht gehen wird, schreiben Sie bitte an: ch@forumcivique.org, zu Händen von Constanze Warta.

1. Osman Kavala ist seit 2017 politischer Gefangener. Er ist dafür bekannt, grosse finanzielle Unterstützung für Kultur und Bildung sowie für die Verteidigung der Rechte der kurdischen und armenischen Minderheiten geleistet zu haben.

Freundinnen und Freunde,

Wenn man lange Zeit eingesperrt ist, braucht man Hoffnung, um Widerstand leisten zu können. Obwohl uns bewusst war, dass die derzeitige Macht sich unter diesen skandalösen Bedingungen von Ungerechtigkeit, Korruption und Unterdrückung erhalten würde, erwarteten wir ein kleines Wunder. Es war nicht unmöglich, da der Abstand zwischen den beiden Kandidaten sehr gering war.

Die islamisch-nationalistische Koalition hat nicht gewonnen, aber sie wird die politische Macht noch lange halten, mit der festen Allianz von Katar und Aserbaidschan, die die ersten waren, die dem Sieger gratuliert haben. Diese alten-neuen

Politiker liessen gewalttätige und skandalöse Botschaften gegenüber der Opposition verlauten. Sie sprachen sogar davon, das Herz der Opposition zu zerquetschen. Ausserdem bezeichneten sie Merve Dizdar aufgrund ihrer Rede bei der Preisverleihung in Cannes als «Terroristin». Sie hatte ihren Preis «allen Frauen, die einen Kampf führen, um die Schwierigkeiten zu überwinden und in dieser Welt zu existieren, und allen rebellischen Seelen, die auf bessere Zeiten warten» gewidmet. Dieser Wahlausgang bedeutet, dass die rebellischen Seelen zunehmend unterdrückt leben werden und zunehmend internationale Solidarität benötigen. (...)

Pınar Selek am Tag nach dem 2. Wahldurchgang

WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT

Desertion aus diesem System

Die folgende Deklaration wurde in Frankreich von jungen Akademiker·innen der Technischen Universität Paris Ende 2022 zusammen mit den Kollektiven «Les Désert'heureuses»¹ und «Vous N'êtes Pas Seuls»² verfasst. Sie beschäftigt sich mit dem Phänomen der Desertion von Hochschulabsolvent·inn·en vor dem Hintergrund eines sozialen Krieges, der durch die Rentenreform neu entfacht wurde.

Die Erklärung vereint 24 Kollektive und 185 unterzeichnende Personen aus allen möglichen Berufssparten. Anfang April wurde sie in einer grossen französischen Tageszeitung veröffentlicht.

Ein Jahr nach den ersten «Desertionsreden» an renommierten Hochschulen und Universitäten, betonten die jungen Akademiker·innen wieder ihre Weigerung, sich «den privilegierten Reihen eines von der Handelswelt gegen das Leben geführten Krieges» anzuschliessen. In ihrem Text zeigen sie aber auch Perspektiven für die Zukunft auf:

Wir weigern uns, Kompliz·inn·en zu sein

Im Jahr 2022 wurde viel über die Desertion der am besten ausgebildeten Personen

geschrieben, oft unklare und oberflächliche Kommentare. Wir, die Kollektive, die dieses soziale Phänomen initiiert haben, wollen klären, was wir unter dem Wort «Desertion» verstehen. Zwei Jahre Gesundheitskrise haben die Absurdität eines Alltags offengelegt, den man damit verbringt, im Dienste einer von der Realität abgekoppelten Wirtschaft zu arbeiten. 2022 war das Jahr der Kündigungswellen und der Ablehnung der Arbeit als Ware. Vor dem Hintergrund einer grossen – gewaltsam unterdrückten – sozialen Bewegung gegen eine Rentenreform, die Menschen als produktivistische Ressourcen betrachtet, wollen wir klarstellen, warum wir uns für die Desertion entschieden haben, mit dem Ziel, Perspektiven aufzuzeigen und

die Front des Protestes zu verbreitern.

Was desertieren wir?

Die Illusion, dass das Ende der Welt von denjenigen verhindert werden kann, die für die Katastrophe verantwortlich sind, hält sich hartnäckig: also von Kapitalismus, Industrie, Technologie und Staat. Ein paar Fahrradwege, Elektroautos, Sonnenkollektoren, Ökoquartiere und Kohlenstoffsteuern wären die «Lösungen». Unser Wirtschaftssystem beruht jedoch auf der Ausbeutung der Arbeiter·innen und der Umwelt. Dieses hat eine Lebensweise und eine Hierarchie auf der ganzen Erde mit Gewalt durchgesetzt und erstickt nach und nach jede Alternative.

Da wir gezwungen sind, unser Essen, unsere Unterkunft und unsere medizinische Versorgung über Geld zu finanzieren, haben wir keine Kontrolle über unser Leben und unsere Lebensgrundlagen. Nicht etwa handwerkliche, landwirtschaftliche oder künstlerische Tätigkeiten füllen unsere Mägen, sondern Individualismus, Wettbewerb und Herkunft. Für uns bedeutet Freiheit, in der Lage zu sein, direkt und kollektiv für unsere Grundbedürfnisse zu sorgen. Wir wollen nicht mehr von der Industrie abhängig sein, um für diese aufzukommen.

Als junge Akademikerinnen und Akademiker hatten wir uns automatisch für Karrieren entschieden, die Komfort und Privilegien versprochen, im Austausch für unsere Loyalität gegenüber den Herrschenden. Wir sind

desertiert, weil wir diese Rolle als Kompliz-inn-en ablehnen. Wir desertieren aus den privilegierten Reihen eines Krieges, der von der Warenwelt gegen das Leben geführt wird. Wir desertieren aus dem Karrierismus und den vergeblichen Versuchen, das Monster von innen heraus grün zu färben. Wir desertieren aus der Anbetung der Technologie und den falschen Lösungen, welche die Industrie zur Bekämpfung ihrer eigenen Plagen verspricht.

Desertieren, um besser kontern zu können

Wir wollen aus der Isolation ausbrechen und in den Widerstand gehen, an der Seite derjenigen, die für Land und Freiheit kämpfen. Von der Verteidigung der Commons bis zum Kampf gegen autoritäre und imperialistische Politik, teilen wir unser Wissen über das Räderwerk der Maschine mit denjenigen, die versuchen, sie aufzuhalten. Als sogenannte «höhere» Führungskräfte, die an die Stadt, an Hörsäle und Büros gewöhnt sind, haben wir nicht die besten Voraussetzungen, um uns als Bauern, Bäuerinnen und Handwerker-innen neu zu erfinden. Also lernen wir von Menschen, die bescheiden und stolz leben und wissen, wie man Dinge selbst macht.

Wir erfinden nichts. Von den Kämpfen der Marroni (schwarze Sklav-inn-en, die aus den Plantagen flüchteten) zum antiindustriellen Exodus nach 1968, von der Weigerung eines revolutionären Teils der Arbeiter-innenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts, sich in das berufliche Aufstiegssystem einzugliedern bis hin zu den zapatistischen Strategien ab den 1990er Jahren – unsere Desertion findet ihre Inspiration in einer reichen Geschichte von Bewegungen, die zum Einen der Unterdrückung widerstehen und zum Anderen die Welt verändern wollten, aber immer danach trachteten, die Macht eher zu besiegen als zu erobern.

Die sterilen Gegensätze überwinden

Wir wollen die falsche Debatte zwischen «den Privilegierten, die desertieren, um Ziegen zu züchten» und «den reformistischen Kollaborateur-inn-en, die drinnen bleiben» beenden. Wir wissen, dass die radikale Gesellschaftskritik, die wir vertreten, von vielen geteilt wird und dass Allianzen aufgebaut werden müssen. Wir können unterschiedliche Methoden haben: mit oder ohne Institutionen; lokal, regional oder national oder auch international. Wir akzeptieren die Vielfalt der Taktiken, solange wir einen gemeinsamen Horizont teilen.

Davon abgesehen wird heute viel Energie mobilisiert, um von innen heraus Widerstand zu leisten, während wir noch zu schwach sind, um von aussen her ein neues Kräfteverhältnis aufzubauen. Wir werden die Spekulation mit Landwirtschaftsland nicht eindämmen, indem wir diese nur anprangern, sondern vielmehr indem wir uns das Land physisch zurückholen! Wir werden das Problem der Dürre nicht mit kleinen Gesten lösen, sondern erst wenn wir die gemeinsame Wasserverwaltung wieder aufnehmen, indem wir zuallererst die Mega-Wasserbecken-Projekte stoppen! Wir werden den ökologischen Übergang nicht mit industriellen Energieerzeugungsanlagen machen, egal ob atomar oder «erneuerbar», da diese auf einer zentralisier-

ten Macht, einem neokolonialen Regime und schädlichen Infrastrukturen beruhen und die gleiche Megamaschine antreiben. Für uns wird der Übergang durch die Demontage dieser autoritären Technologien und des globalen Extraktivismus erfolgen!

Bei Menschen, die sich engagieren wollen, aber allein sind, kann die Isolation angesichts des Ausmasses der Katastrophe zu einem überwältigenden Gefühl der Ohnmacht führen. Es scheint oft unvorstellbar, alles stehen und liegen zu lassen, um sich zu engagieren, ohne eine Lösung oder einen Plan im grossen Massstab zu haben. Aber es wird nie einen einfachen Weg, einen «Raus aus dem Albtraum»-Knopf oder einen magischen Wahlzettel geben. Fahnenflucht bedeutet auch, diese Isolation zu durchbrechen, um sich wieder eine kollektive Handlungsmacht zu verschaffen. Unsere Desertion ist freudig, sie schafft uns ein Bewusstsein, macht uns fähig und stolz auf unsere Lernerfolge und solidarisch mit den Menschen, die unsere Wege kreuzen.

Studierende, Arbeitnehmer-innen, Rentner-innen, Arbeitslose... lasst uns desertieren! Betrachten wir alle Formen der Desertion als Optionen, die nicht nur möglich, sondern auch notwendig, ernsthaft und wünschens-

wert sind. Schaffen wir Netzwerke für den Lebensunterhalt, in denen jede/r ein würdiges Leben führen kann. Bereiten wir uns darauf vor, für die Menschen um uns herum und in Solidarität mit jenen in der Ferne zu kämpfen, um lebendige Umgebungen zu verteidigen und von den Allmächtigen das zurückzuholen, was allen gehört. Bauen wir eine breite und transversale Bewegung solidarischer Menschen auf, um das Kräfteverhältnis umzukehren!

Unterzeichnende von «AgroParisTech»
und Mitglieder der Kollektive
«Les Désert'heureuses» und
«Vous N'êtes Pas Seuls», 2022

Der Text und die Liste der Unterzeichnenden ist unter «Tribune de la désertion» im Internet zu finden:
www.nouvelobs.com/opinions/20230425.OBS72596/jeunes-diplomes-nous-continuons-de-deserter-car-nous-refusons-d-etre-complice.html

1. «Die glücklichen Desertierenden» sind ein Zusammenschluss von Ingenieur-inn-en, Techniker-inne-n und Forscher-inne-n.

2. «Ihr seid nicht allein» ist ein gemeinnütziger Verein, der aufgrund der grossen Einsamkeit angesichts der Ungerechtigkeiten und Verwüstungen, die untrennbar mit unserer Zivilisation verbunden sind, entstanden ist. Sein Ziel ist es, Arbeitnehmer-innen zu beraten und zu begleiten, die an einer Kluft zwischen ihrer Arbeit und ihren Werten leiden.



Deserter, Öl auf Leinwand, Tomas Alen Kopera, 2004



Dies haben sowohl der kantonale Premierminister, der Bürgermeister der Stadt Bihać als auch der Menschenrechtsminister Bosnien-Herzegowinas in öffentlichen Statements bestätigt. Alle erwähnten Personen bezeichneten das Objekt öffentlich auch als das, was es ist: ein Gefängnis,» erklärt SOS Balkanroute und Rosandić erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die NGO sich an den Aussagen und Schriftstücken höchster Verantwortungsträgerinnen und Behörden vor Ort orientiert hat.

Klagen statt Klarheit und Transparenz

«Anstatt endlich, wie auch von der Nationalratsabgeordneten Ewa Ernst-Dziedzic (Grüne) gefordert, das Gefängnis für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und für Klarheit

und Transparenz in Österreich und Bosnien-Herzegowina zu sorgen, schmeisst das vom Innenministerium mit österreichischen Steuergeldern geförderte ICMPD weiter öffentlich Nebelgranaten und versucht vom eigentlichen Skandal abzulenken und kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Wir werden uns aber nicht mundtot kriegen lassen», kündigt Rosandić an. Er erinnert in diesem Zusammenhang auch an die veröffentlichten Erkenntnisse aus der Anfrage von Steffi Krisper (NEOS), die erneut nicht nur die ÖVP-Nähe des Instituts belegen, sondern auch viele Fragen punkto Sinnhaftigkeit der mit Steuergeldern geförderten Projekte aufwerfen. Unter anderem geht es dabei auch um ein mehr als nur umstrittenes Projekt vom ICMPD, das die Steuerzahlenden mit 270.000 Euro bezahlten und welches 33 abgewiesene nigerianische Asylwerberinnen zur Rückkehr bewegen sollte, wovon allerdings nur einer der Rückkehr zustimmte. (...)

SOS Balkanroute ruft zu Spenden auf, um sich die drohenden Prozesskosten leisten zu können. Die Wiener NGO bittet um Geldspenden: «Wir werden und müssen gewinnen, weil es nun um viel mehr geht als um das Skandal-Gefängnis in Lipa selbst. Es geht nun auch darum zu verhindern, dass in Österreich Zustände wie in autokratisch geführten Ländern wie Ungarn, Serbien und Russland salonfähig werden», so Rosandić.

Rückfragen & Kontakt:
team@sos-balkanroute.at

1.SLAPP (engl. strategic lawsuit against public participation (Strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung; engl. Slap: Ohrfeige, Schlag ins Gesicht) ist ein Acronym für eine rechtsmissbräuchliche Form der Klage, die den Zweck hat, Kritikerinnen einzuschüchtern und ihre öffentlich vorgebrachte Kritik zu unterbinden.

ÖSTERREICH/MIGRATION

Angriff auf die Zivilgesellschaft

Im letzten Archipel berichteten wir über das Abschiebelager in Lipa in Bosnien-Herzegowina. Gebaut wurde es vom «Internationalen Zentrum zur Entwicklung von Migrationspolitik» (ICMPD) unter österreichischer Leitung. Das ICMPD klagt nun gegen die Hilfsinitiative SOS Balkanroute wegen Kreditschädigung beim Handelsgericht Wien. Hier die Mitteilung von SOS Balkanroute:

«Die SLAPP Klage¹ vom ÖVP-nahen Institut ICMPD (International Centre for Migration Policy Development) gegen uns ist nicht nur ein österreichischer Präzedenzfall und ein politischer Einschüchterungsversuch, wie man diese sonst aus Ungarn, Russland oder Serbien kennt. Es ist auch ein Angriff auf die gesamte österreichische Zivilgesellschaft», sagt Petar Rosandić, Obmann der SOS Balkanroute, zur angekündigten Klage des Instituts, das von Michael Spindelegger, ehemals österreichischer Vizekanzler und ÖVP-Vorsitzender, geleitet wird. Die Vertretung der kleinen Wiener NGO, die seit Jahren vor Ort humanitär Geflüchteten hilft und Grenzgewalt dokumentiert, wurde mittlerweile von der profilierten Medienanwältin Maria Windhager übernommen. «SLAPP- Klagen gegen NGOs häufen sich. Wichtig ist, sich nicht ein-

schüchtern zu lassen, für Öffentlichkeit zu sorgen und sich gegenseitig zu unterstützen», schrieb Windhager auf Twitter.

ICMPD wollte eigenen Bau leugnen

«Als wir das Gefängnis in Lipa aufdeckten, wies das ICMPD jegliche Vorwürfe zurück und wollte nichts mit dem Bau von Haftzellen im bosnischen Lipa zu tun haben. Nachdem wir die Fotos und die schriftlichen Beweismittel der Öffentlichkeit vorgelegt hatten, musste Leiter Michael Spindelegger in den österreichischen TV-Nachrichten Zeit im Bild (ZIB) zugeben, dass sie doch für den Bau verantwortlich sind. Das alleine sagt schon jeder/m, dass der Fisch vom Kopf her stinkt, abgesehen davon, dass der illegale Gefängnisbau bis heute weder eine Baugenehmigung, noch eine Rechtsgrundlage in Bosnien hat.

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischynje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org